

Brasiliens historische Wahlen: mit Lula kann die Überwindung der sozialen Kluft beginnen

Calcagnotto, Gilberto

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Calcagnotto, G. (2002). *Brasiliens historische Wahlen: mit Lula kann die Überwindung der sozialen Kluft beginnen*. (Brennpunkt Lateinamerika, 21). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-442951>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 21

15. November 2002

ISSN 1437-6148

Brasiliens historische Wahlen Mit Lula kann die Überwindung der sozialen Kluft beginnen

Gilberto Calcagnotto

Die weltweit aufmerksam beobachtete Wahl eines ehemaligen Arbeiterführers zum Staatspräsidenten in Brasilien hat alle anderen dort zugleich stattfindenden Teilwahlen in den Schatten gestellt. Doch auch bei der Zusammensetzung von Senat, Abgeordnetenkammer, Landesregierungen und Landesparlamenten sprach sich die Wählerstimme für erhebliche Veränderungen in der politischen Landschaft aus. Neue Kräfteverhältnisse wurden sichtbar, die die Aussichten für eine effektive Inklusion bisher ausgegrenzter Sozialschichten in den ökonomischen und gesellschaftlichen Prozess erheblich verbessern. Doch Innen- und Außenfaktoren begrenzen nach wie vor den Handlungsspielraum der neuen Regierungen ganz entscheidend.

I. Die Wahlen im Überblick: Opposition im Aufwind

Am 6. Oktober 2002 waren 115,2 Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen aufgerufen, sich an den Wahlen für die Exekutive und Legislative auf Bund- und Einzelstaatenebene zu beteiligen. Gekommen sind immerhin über 83% aller Wahlpflichtigen/-berechtigten beim ersten Wahlgang und über 77% bei den Stichwahlen zwischen den beiden Erstplatzierten am 27. Oktober, da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte.

Nicht nur rekordverdächtige Zahlen zeichneten diese erste Wahlübung des 21. Jahrhunderts in Brasilien aus. Ihnen wohnte zudem eine historische Bedeutung inne, da zum ersten Mal seit

dem 15. November 1889 (Ausrufung der Republik) der Kandidat einer linken Partei und ohne Zugehörigkeit zur politischen Elite über die weitaus größten Chancen bei den Präsidentschaftswahlen verfügte. Der Grund dafür lag nicht etwa in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und dem absehbar besseren oder schlechteren Krisenmanagement, sondern vielmehr in der allgemeinen Unzufriedenheit gegenüber der seit acht Jahren amtierenden Regierung von Präsident Fernando Henrique Cardoso und einer fehlenden Alternative aus den Reihen der etablierten Parteien.

Zum ersten Mal sollten grundsätzlich keine Stimmzettel mehr benutzt werden, stattdessen war - weltweite Premiere - eine elektronische

Wahlurne per Tastendruck zu bedienen. Durch das Drücken von insgesamt 25 Zahlen-Tasten sollten a) der Nachfolger von Präsident Cardoso unter sechs Kandidaten, b) 27 Gouverneure unter 218 Kandidaten in 26 Bundesstaaten und im Bundesdistrikt, c) 2/3 (54) der 81 Senatssitze unter 349 Kandidaten, d) die 513 Mitglieder der Abgeordnetenversammlung unter 4.901 Kandidaten und e) 1.063 Landtagsabgeordnete unter 18.880 Kandidaten in 26 Bundesstaaten gewählt werden. Weder fehlten die vom Wahlgerichtshof eingeladenen internationalen Beobachter (u.a. aus den USA, Mexiko und Argentinien) noch ließen die Sicherheitsvorkehrungen in neun besonders problematischen Bundesstaaten dank der Entsendung von Heerestruppen zu wünschen übrig. Die Wahlen verliefen entsprechend ohne nennenswerte Zwischenfälle. Überraschende Ergebnisse stellten sich jedoch gleich nach dem ersten Wahlgang ein:

- Lula konnte nicht, wie zuletzt zunehmend erwartet, die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erreichen.
- Die Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT) erreichte in den Landtags- und Parlamentswahlen erdrutschartige Siege, bei der Gouverneurswahl konnte sie bereits im ersten Wahlgang in zwei Bundesstaaten ihren Kandidaten durchsetzen und errang in acht weiteren den zweiten Platz, schließlich konnte sie in Senat und Abgeordnetenversammlung einen Zuwachs erzielen, der sie unvermutet zur stärksten Fraktion im Abgeordnetenhaus und zur drittstärksten im Senat machte. Von den Regierungsparteien konnte lediglich die rechtskonservative Partei der Liberalen Front (Partido da Frente Liberal, PFL) ihre Position im Parlament behaupten.
- Auch wenn insgesamt die amtierende Regierungskoalition in einem weitaus größeren Maß als erwartet aus den Wahlen geschwächt hervorging, konnte sie bei den Gouverneurswahlen im zweiten Wahlgang die im ersten Wahlgang losgetretene „rote Welle“ zum Halten bringen.
- Insgesamt waren jedoch die erdrutschartigen Gewinne der linken Parteien nicht ausreichend, um für Lula eine gesicherte Mehrheit im Kongress und in den Landesparlamenten zu sichern. Aus Gründen der Regierbarkeit muss also das Regierungsbündnis breiter ausfallen als das Wahlbündnis. Woran lag das?

II. Die Bedeutung der Wahlen: Wandel *ma non troppo*

Standen die Wahlen 1998 im Zeichen von „Kontinuität mit Wandel“, so kam in den diesjährigen Wahlergebnissen der eindeutige Wählerwunsch nach „Wandel mit Kontinuität“ zum Ausdruck. Nicht, dass die Regierung Fernando Henrique Cardoso als vollends gescheitert angesehen würde. Im Gegenteil, Meinungsumfragen zur Regierungsleistung im ausgehenden Mandat zeigten für bestimmte Bereiche eher ein Gleichgewicht zwischen Befürwortern und Gegnern¹. Es gab jedoch ein weit verbreitetes Gefühl, dass Armut, Arbeitslosigkeit und Gewalt unerträgliche Ausmaße erreicht hätten. Nach einer kurz vor dem ersten Wahlgang durchgeführten Meinungsbefragung vertraten 74% der Befragten die Ansicht, dass sich die Armut in den letzten sechs Monaten verschlimmert habe; eine Zunahme der Gewaltkriminalität sahen sogar 89% der Befragten. Nur 13% bejahten die Frage, ob ihr Einkommen in den letzten sechs Monaten gestiegen sei; für 53% sei es gleich geblieben, und 1/3 sagte, es sei gesunken. Tatsächlich aber hat sich die positive Wahrnehmung des *Plano Real* von 1994 nach dem erwähnten Meinungsforschungsinstitut weitgehend verflüchtigt: Verglichen mit 1993 lag das reale Einkommensniveau im Wahljahr 1994 um 40%, im Wiederwahljahr 1998 immer noch um 10% darüber. Aber im Jahr 2002 ist die Kaufkraft der Bevölkerung 10% geringer als 1993. Mit anderen Worten: die positive Wirkung des Stabilitätsprogramms *Plano Real* für die allgemeine Kaufkraft der Bevölkerung war zum Zeitpunkt der Wahlen, die über Cardosos Nachfolger entscheiden sollten, nicht nur verpufft, sondern gar in ihr Gegenteil verkehrt. Entsprechend wünschten sich die meisten Wähler eine Änderung der Politik ohne Beeinträchtigung der erreichten ökonomischen und institutionellen Stabilität. Und die Schlüsselfrage für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2002 lautete demnach: Welcher Kandidat, welche Partei ist am ehesten in der Lage, die Balance zwischen „wenig Kontinuität“ und „viel Wandel“ zu halten (Sant'Anna 2002).

¹ Ein Beispiel: Bei einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sensus vom 27.-29. September 2002 - also am Vorabend des ersten Wahlgangs - erklärte knapp 1/3 der Befragten, dass die Gesundheits- und Erziehungsdienste in den letzten sechs Monaten gleichgeblieben sind, gut 1/3 war der Meinung, sie wären besser geworden und für ein weiteres Drittel hatten sie sich verschlechtert (Sant'Anna 2002).

Tatsächlich wünschten sich - einer Meinungsumfrage des Instituts Vox Populi vom 28./29. September 2002 zufolge - 70% der Befragten entweder eine totale (37%) oder zumindest die meisten Bereiche umfassende (33%) Änderung der bisherigen Regierungspolitik, und nur 24% sprachen sich für eine geringe (22%) oder gar keine Änderung (2%) aus. Unterteilt nach ihren Präferenzen zeigten sich die Lula-Wähler am meisten veränderungswillig: 82% von ihnen befürworteten eine totale (45%) oder zumindest überwiegende (37%) politische Änderung. Die Wähler, die sich für Serra aussprachen, äußerten sich nur zu 49% zu Gunsten einer totalen (19%) oder umfassenden (30%) Änderung. Ebenfalls interessant ist freilich, dass auch von den potenziellen Lula-Wählern 14% sich für „wenig Veränderung und viel Beibehaltung“ (Serra-Wähler: 42%) und nur 2% für „Beibehaltung sämtlicher Politiken“ (Serra-Wähler: 8%) aussprachen (Santana 2002). Insofern belegt diese Meinungsumfrage zweierlei:

- die äußerst heterogene Zusammensetzung der Lula-Wählerschaft;
- dass eine überwiegende Mehrheit der Wählerschaft Lula als den geeignetsten Vertreter des gewünschten Wandels ansahen.

III. Ergebnis der Präsidentschaftswahlen: Viel Wandel, wenig Kontinuität

Es standen bei den Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang sechs Kandidaten zur Wahl, wovon nur vier sich eine echte Chance ausrechnen konnten, den zweiten Wahlgang zu erreichen. Von diesen vier führten drei einen oppositionellen Diskurs, zwei davon mit verbal radikalem Zungenschlag (zu deren Charakterisierung vgl. Christian Gloger: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 8/02), während es dem vierten - dem offiziellen Regierungskandidaten José Serra - bis zum Schluss nicht gelang, klar darzustellen, inwieweit er sich mit der Regierung Cardoso identifizierte und in welchem Ausmaß er eine tatsächliche Erneuerung herbeizuführen bestrebt war. Immerhin konnte Serra den Balanceakt zwischen Kontinuität und Wandel besser darstellen als zwei der ernstzunehmenden Oppositionskandidaten - der ehemalige Gouverneur von Rio de Janeiro, Anthony Garotinho, sowie Ciro Gomes, ehemaliger Nachfolger von Fernando Henrique Cardoso im Finanzministerium und von 1990 bis 1994 Gouverneur des Bundesstaates Ceará. Beide stimmten zwar mit Lula und Serra in der stabilitäts- und wachstumsorientierten Haushalts- und Wirtschaftspolitik überein (die im über 2002 hinaus

gültigen IWF-Abkommen detailliert festgelegt wurde), konnten aber die Wähler aus Gründen rasch zurückgehender Glaubwürdigkeit (etwa Gomes) oder wegen fehlender konzeptionellen Konsistenz (Garotinho) nicht überzeugen.

Entsprechend fiel das Wahlergebnis bei relativ geringen regionalen Abweichungen² bereits im ersten Wahlgang zu Gunsten der beiden Kontrahenten aus, die bereits laut Meinungsumfragen die größten Wahlchancen hatten (Lula und Serra). Relativ überraschend war der steile Abfall des Kandidaten Ciro Gomes, der bis zum Beginn der kostenlosen Rundfunk- und Fernsehsendezeit³ im August 2002 an zweiter Stelle in der Meinungsgunst weit vor Serra und Garotinho stand; Garotinho überraschte seinerseits durch eine langsame aber stetige Zunahme. Da aber keiner der Favoriten die absolute Mehrheit erlangte, mussten sie sich für den zweiten Wahlgang um zusätzliche Stimmen im Lager des jeweiligen Gegners bemühen. Dies war für Lula sicherlich einfacher, da sich die beiden anderen Oppositionsbündnisse gleich in den ersten Tagen nach der Stimmenausschüttung für eine Unterstützung seiner Kandidatur entschieden. Serra hingegen blieb nur noch die Unterstützung durch die weiter rechts stehenden Parteien Partido Frente Liberal (PFL) und Partido Progressista Brasileiro (PPB) - eine Unterstützung, die zudem recht halberzig ausfiel, da sich einflussreiche Vertreter wie beispielsweise Delfim Netto (PPB, ehemaliger Wirtschafts-, später Planungs- und Landwirtschaftsminister während mehrerer Militärregierungen der 70er und 80er Jahre) und Antônio Carlos Magalhães (PFL, Mitglied mehrerer Militär- und Zivilregierungen, einschließlich der Regierung Cardoso) eindeutig für Lula erklärten.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine schematische Gegenüberstellung der Programme beider Stichwahlkandidaten durch die konservative Tageszeitung *O Estado de São Paulo* (vgl. Tab.2); die beiden Kontrahenten scheinen sich doch mehr zu ähneln, als ihnen vielleicht lieb ist (Tosta 2002).

² Garotinho und Gomes setzten sich in den Bundesländern durch, in denen sie früher Gouverneure waren; Serra errang mehr Stimmen als Lula in dem Bundesstaat, in dem er über den lokalen Partido da Social-Democracia Brasileira (PSDB) einen engen Kontakt zu den Munizipien im Rahmen von Programmen des Gesundheitsministeriums pflegte (Alagoas). Hier zeigt sich die nach wie vor wichtige, wenn auch diesmal nicht wahlentscheidende, regionale Dimension der Präsidentschaftswahlen.

³ Aufgeteilt im Verhältnis der jeweiligen Parteienvertretung im Bundesparlament.

**Tab. 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Brasilien
Erster und zweiter Wahlgang (06. und 27. Oktober 2002)**

Kandidat	Partei	Erster Wahlgang		Zweiter Wahlgang	
		Stimmen	%	Stimmen	%
Luiz Inácio Lula da Silva	PT (Arbeiterpartei) im Bündnis mit PL, PCdoB, PMN und PCB*	39.443.765	46,44	52.793.364	61,27
José Serra	PSDB (Partei der Sozial- dem. Brasiliens) im Bünd- nis mit PMDB**	19.700.395	23,2	33.370.739	38,73
Anthony Ga- rotinho	PSB (Sozialistische Partei Brasiliens) im Bündnis mit PGT und PTC***	15.175.729	17,87	-	-
Ciro Gomes	PPS (Sozialistische Volks- partei Brasiliens) im Bündnis mit PDT und PTB****	10.167.597	11,97	-	-
Zé Maria	PSTU	402.040	0,47	-	-
Rui Costa Pimenta	PCO	38.608	0,05	-	-
Ungültige Stimmen		6.976.107	7,36	3.772.138	4,12
Leere Stimm- zettel		2.873.720	3,03	1.727.760	1,88
Nicht zur Wahl er- schienen		20.449.690	17,74	23.589.188	20,47
Wähler insg.		115.253.816		115.253.447	

* *Coligação Lula Presidente*; im zweiten Wahlgang zusätzlich PV und Parteien der Bündnisse *Frente Brasil Esperança* (PSB, PGT, PTC) und *Frente Trabalhista* (PPS, PDT, PTB).

** *Coligação Grande Aliança*

*** *Coligação Frente Brasil Esperança*

**** *Coligação Frente Trabalhista*

Quelle: Tribunal Superior Eleitoral TSE (Oberster Wahlgerichtshof), in:

www.eleicoes.uai.com.br/eleicoes/result_eleicao_1.html und *O Estado de São Paulo*,
10.10.2002 (www.estado.estadao.com.br/jornal/02/10/10/news218.html).

Tab. 2: Die Regierungsprogramme von Lula und Serra im Vergleich

Thema	Lula	Serra
Wirtschaft und Entwicklung	Alternative Wirtschaftsentwicklung mit sozialem Schwerpunkt Industriepolitik, Exportanreize, kompetitive Imports substitution Beibehaltung des primären Haushaltsüberschusses	Freier Wechselkurs Industriepolitik, Exportanreize, Förderung der Imports substitution Fiskalische Austeritätspolitik, Inflationsziele, primäre Haushaltsüberschüsse
Steuerreform	Abschaffung der kumulativen Steuerzahlung, Vereinfachung der Waren- und Dienstumlaufsteuer ICMS, Steuerbefreiung für Exporte Besteuerung von Großvermögen und Erbschaften Steuerliche Entlastung der Mittelschicht und von Massenkonsumgütern	Abschaffung der kumulativen Steuerzahlung, Steuerrückzahlung entlang der Produktionskette Steuerliche Entlastung der Lohnempfänger
Soziale Sicherung	Schaffung einer universalen, öffentlichen, gesetzlichen Grundrentenversicherung für den öffentlichen und privaten Sektor unter paritätischem Management Schaffung einer freiwilligen zusätzlichen Rentenversicherung	Neues Beitragssystem für die Rentenversicherung durch Selbstständige Wahrung des Besitzstandes für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes Zusätzliche Rentenversicherung
Arbeitsrechtsreform	Nationales Arbeitsforum mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Vorbereitung einer Reform der Arbeitsgesetzgebung einrichten Freie, autonome und unabhängige Gewerkschaften	Grundrechte der Arbeitnehmer beibehalten Mehr Macht für die Gewerkschaften
Arbeit und Einkommen	Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns Bekämpfung prekärer Arbeitsplätze Notwendigkeit der Schaffung von 10 Millionen Arbeitsplätzen Berufliche Umbildung für Arbeitslose	Schaffung von 8 Millionen neuer Arbeitsplätze durch schwerpunktmäßige Förderung bestimmter Zielgruppen wie Jugendliche und Arbeitslose älter als 40 und mit geringer Schulbildung
Soziale Fürsorge	Einrichtung eines Sozialentwicklungsrates Aufstellung von sozialen Zielen, Mindesteinkommensprogrammen, Schul- und Studienstipendien, Nahrungsmittelkarten für extrem Arme	Einrichtung eines direkt dem Präsidenten zugeordneten Sozialausschusses im gleichen Rang wie die Verantwortlichen für die Wirtschaft- und Finanzpolitik Aufstellung sozialer Ziele, Universalisierung von Gesundheit, Erziehung und Rentenversicherung vorantreiben
Erdöl	Staatliche Erdölgesellschaft Petrobras als integriertes Energieunternehmen mit regionaler und globaler Ausrichtung konsolidieren	Staatliche Erdölregulierungsbehörde ANO stärken, Übergangsregelung für den Abbau der Monopolmacht der Petrobras schaffen

Quelle: *O Estado de São Paulo*, 8.10.2002.

Die weitgehende Übereinstimmung in den wichtigsten Punkten der beiden Wahlprogramme ist kein Zufall. Zum einen resultiert sie aus internen Faktoren (darunter die ansehnliche Strecke in Richtung politische Mitte, die die Arbeiterpartei seit der Wahl vom Bundesabgeordneten José Dirceu aus São Paulo zu ihrem Vorsitzenden im Jahr 1995 zurücklegt hat, sowie Lulas "Konditionalität" bei der Aufstellung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei: die Partei müsse sich auf ein breiteres Wahlbündnis einlassen, als dies bei den ersten drei erfolglosen Kandidaturen der Fall gewesen ist), zum anderen auch aus externen Faktoren. Gemeint ist hier insbesondere die unter Cardoso erheblich verschärfte Verwundbarkeit der brasilianischen Außenwirtschaft, die während des ganzen Wahlkampfs den „Daumenschrauben“ des internationalen Finanzmarktes ausgesetzt wurde. Psychologisch zusätzlich geschürte Zweifel an der internationalen Zahlungsfähigkeit Brasiliens ließen das milliarden schwere scheue Portfolio-Kapital in- und ausländischer Investoren ins Ausland flüchten, der Dollar-Wechselkurs schnellte in die Höhe, mit ihm stieg automatisch die brasilianische Auslands- und gut 1/3 der staatlichen Inlandsverschuldung, das Länderrisiko wurde durch internationale *rating*-Agenturen höher bewertet und damit verbunden kletterten die Risikozuschläge für brasilianische Auslandskredite auf zeitweise mehr als 25% jährlich. Nicht einmal das Kreditpaket des Internationalen Währungsfonds in der Rekordhöhe von US\$ 30 Mrd. - welches politisch vor allem mit Blick auf die „Disziplinierung von Lula“ in aller Eile geschnürt worden war - konnte die Märkte beruhigen. Erst nach wiederholten Zusicherungen aller vier chancenreicheren Kandidaten (darunter vor allem Lula) sowohl im Wahlkampf als auch im persönlichen Gespräch mit Präsident Cardoso findet sich der Markt mit Lulas Wahlsieg allmählich ab (vgl. Stecher 2002: 53-4).

Der wesentliche Unterschied zwischen Lula und Serra versteckt sich insbesondere hinter Ausdrücken wie „Einrichtung eines Sozialentwicklungsrates“ bei Lula und „Einrichtung eines direkt dem Präsidenten zugeordneten Sozialausschusses“ bei Serra (s. Tab. 2). Dahinter stecken unterschiedliche Wahlkampfstile, politische Biographie und vor allem Handlungsansätze. Dies wurde deutlich u.a. durch das persönliche Auftreten beider Kandidaten in Fernsehdebatten und sonstigen öffentlichen Auftritten: Während Lula ein von der Gegenseite ironisch lanciertes Motto „Lula Frieden und Liebe“ (*Lulinha Paz e Amor*) flugs aufgriff und entsprechend seinem breiten Bündnisansatz zum eigenen Leitthema machte,

beharrte Serra auf seiner eigenen argumentativ zersetzenden, sachlich korrekten, jedoch wenig mobilisierenden Wahlkampfstrategie eines routinierten Politikers, der über seinen gewohnten Einflusskreis kaum hinaus kommt. Mit der jeweiligen politischen Biographie korreliert die Symbolik, für die die Kandidaten jeweils stehen: Lula, der ehemalige Arbeiterführer, der während des Militärregimes in den 70er und 80er Jahren unter schwierigsten Bedingungen das bestehende Streikverbot durchbrach und direkte (Lohn- und Arbeits-)Verhandlungen mit den Arbeitgebern durchsetzte und 1980 einer der Gründer der Arbeiterpartei war, hat sozusagen von Hause aus einen kämpferischen, aber fairen Dialog- und Verhandlungsansatz vorexerziert, der ihm als Präsident im Rahmen etwa eines neokorporatistischen Konzepts (vgl. Calcagnotto 1997: 184ff.) zunächst im vorparlamentarischen Raum durch Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft und später im Parlament durchaus nützlich sein kann. Serra hingegen, Cardosos erster Planungsminister (1994-1996) und später Gesundheitsminister (bis Anfang 2002), dem weder Fachkompetenz noch Verhandlungsgeschick auf parlamentarischer wie internationaler Ebene nachgesagt werden und dem von vielen fehlende Ausstrahlung und Motivationsfähigkeit attestiert werden, steht eher für einen durchaus erfolgreichen – und zudem prozedural-demokratisch einwandfreien – Handlungsansatz nach den Grundsätzen einer effizienten und direkten Verhandlungsstrategie mit dem Parlament unter Vorschaltung der (auch mit dezentralen gemischten Gesundheits-, Erziehungs-, Sozialräten usw. verbundenen) Staatsbürokratie unter seiner unmittelbaren Regie. Serra bleibt seiner eigenen parlamentarischen Karriere treu, würde es jedoch als Präsident vermutlich schwerer haben als Lula, angesichts knapper Mehrheitsverhältnisse wichtigere Reformvorhaben durchzubringen.

IV. Ergebnis der Gouverneurs- und Parlamentswahlen: Wandel mit Kontinuität

Anders als bei den Parlamentswahlen, die die Arbeiterpartei PT in Bund und Einzelstaaten zur stärksten Partei machten (s.u.), brachten die Gouverneurswahlen für den PT im Endeffekt ernüchternde Ergebnisse. PT konnte lediglich die Anzahl der 1998 eroberten Gouverneurssitze halten, dies aber in drei weniger bedeutenden Bundesstaaten. Dabei hatte es zunächst so ausgesehen, als ob bis zum zweiten Wahlgang eine „rote Welle“ die relative Mehrheit von Gouverneursposten für die Partei sichern würde, waren doch immer-

hin 8 PT-Kandidaten - teilweise überraschend, wie in Brasília, São Paulo und Pará - im Rennen geblieben. Für die bisherigen Oppositionsparteien brachten diese Wahlen insgesamt jedoch eine leichte Stärkung.

Großer Sieger der Gouverneurswahlen (s. Tab. 3) wurde die bisher regierende Partei der Brasilianischen Sozialdemokratie PSDB, die mit sieben Gouverneurssitzen ihre 1998 erzielte Stärke in den Bundesstaaten halten konnte. Damit steht knapp die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung unter einer PSDB-Regierung. Am anderen Ende der Skala stehen als größte Verlierer der Gouver-

neurswahlen die beiden rechtskonservativen Parteien Partei der Liberalen Front (PFL) und Brasilianische Progressistische Partei (PPB): Die PFL errang nur noch 4 Gouverneurssitze, 2 weniger als 1998, und davon keinen im bevölkerungs- und wirtschaftsreichsten Süden und Südosten. Damit verlor diese „Nordost“-Partei mit der Paraná-Regierung ihren einzigen Stützpunkt im Süden. Der PPB hingegen verlor die beiden einzigen Landesregierungen, die ihm verblieben waren - die von Santa Catarina im Süden (an den PMDB) und die von Roraima im Nordwesten (an den PSL).

Tab. 3 Gouverneurswahlen in Brasilien 2002: Erster und zweiter Wahlgang

Partei	Bundesstaat	Kandidat	1. Wahlgang	2. Wahlgang
PDT	Amapá	Waldez Goes	36,8	54,6
PFL	Bahia	Paulo Souto	53,7	-
PFL	Maranhão	José Reinaldo Tavares	48,4	-
PFL	Sergipe	João Alves Filho	43,6	55,0
PFL	Tocantins	Marcelo Miranda	60,6	-
PMDB	Brasília-Distrito Federal	Joaquim Roriz	43,0	50,6
PMDB	Paraná	Roberto Requião	26,2	55,1
PMDB	Pernambuco	Jarbas Vasconcelos	60,4	-
PMDB	Rio Grande do Sul	Germano Rigotto	41,2	52,7
PMDB	Santa Catarina	Luiz Henrique da Silveira	30,0	50,3
PPS	Amazonas	Eduardo Braga	52,4	
PPS	Mato Grosso	Blairo Maggi	50,7	-
PSB	Alagoas	Ronaldo Lessa	52,9	-
PSB	Espírito Santo	Paulo Hartung	54,0	-
PSB	Rio Grande do Norte	Wilma de Faria	37,6	61,05
PSB	Rio de Janeiro	Rosinha Garotinho	51,3	-
PSDB	Ceará	Lúcio Alcântara	49,8	50,04
PSDB	Minas Gerais	Aécio Neves	57,7	-
PSDB	Pará	Simão Jatene	34,4	51,7
PSDB	Paraíba	Cassio Cunha Lima	47,2	51,3
PSDB	Rondônia	Ivo Cassol	29,6	59,1
PSDB	São Paulo	Geraldo Alckmin	38,3	58,6
PSL	Roraima	Flamarion Portela	48,7	53,5
PT	Acre	Jorge Vianna	63,6	-
PT	Mato Grosso do Sul	Zeca do PT	48,3	53,7
PT	Piauí	Wellington Dias	50,9	-

Quelle: Tribunal Superior Eleitoral in: www.eleicoes.uai.com.br/eleicoes/result_2turno_3.html und www.eleicoes.uai.com.br/eleicoes/result_eleicao_3.html sowie www2.uol.com.br/veja/idade/eleicoes_2002/resultados/

Von den bisher in der Opposition stehenden Parteien konnte die Brasilianische Sozialistische Partei (PSB) mit einer Verdoppelung ihrer Gouverneurssitze auf insgesamt 4 - darunter die Regierung von Rio de Janeiro - am stärksten zulegen. Auch die Sozialistische Volkspartei (PPS) konnte sich von 0 auf 2 Gouverneurssitze verbessern (Amazonas und Mato Grosso). Die Demokratische Labour-Partei (PDT) hielt einen Gouverneurssitz. Die Arbeiterpartei verlor (wenn auch relativ knapp) den wichtigen Bundesstaat Rio Grande do Sul, gewann jedoch unerwartet die Regierung in Piauí gleich im ersten Wahlgang; im zweiten Wahlgang verlor sie äußerst knapp in Ceará und im Bundesdistrikt, wobei sie in São Paulo und Rio Grande do Sul auf einen sehr großen Wählerbestand zurückgreifen kann.

Eine Schlüsselrolle für die Vermittlung zwischen der neuen Bundesregierung und den Regierungen der Bundesstaaten wird die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (PDMB) mit vier Gouverneurssitzen (1 weniger als 1998) spielen. Denn diese Partei ist traditionell in zwei Flügel gespalten: der eine neigt eher zur Beteiligung an der jeweiligen Regierung auch durch Übernahme von Regierungsverantwortung (im brasilianischen pejorativ bekannt als *fisiologismo*), der andere eher zu einer kritisch unabhängigen Oppositionshaltung. Letzterer neigt nun zu einer zumindest punktuell, wenn auch nicht allgemein positiven Einstellung zur Regierung Lula. Zu diesem Flügel zählen auf jeden Fall der neue Gouverneur von Paraná und der von Santa Catarina, vielleicht auch der von Rio Grande do Sul. Auch der PSL-Gouverneur von Roraima sicherte Lula bereits seine Unterstützung zu. Damit wäre im Gouverneurslager ein Patt gegeben. Die ehemaligen Oppositionsparteien konnten sich insgesamt von 6 auf 10 Regierungssitze verbessern, zusätzlich der 3-4 genannten Amtsinhaber. Die bisherigen Regierungsparteien verloren 4 Gouverneurssitze; mit jetzt 17 Länderregierungen aber verfügen sie faktisch über keine verlässliche Mehrheit.

Lulas „rote Welle“, mit der er dem PT zu einer wahren Stimmenflut im ersten Wahlgang verhalf, wirkte sich bei den Parlamentswahlen auch zu Gunsten des gesamten linken Parteienspektrums aus. Doch selbst mit einem Wachstum von insgesamt 45% konnten die bisherigen Oppositionsparteien die zahlenmäßige Vorherrschaft der fünf bisherigen Regierungsparteien PSDB, PMDB, PFL, PTB und PPB im Parlament nicht brechen (s. Tab. 4). Doch bis zur Amtsübernahme am 1. Januar 2003 (bzw. 6. Januar 2003, falls eine von Lula erwünschte Datenänderung parlamentarisch abgesegnet wird) kann sich noch viel ändern:

- a) vom PTB, der im zweiten Wahlgang Lula unterstützte, wird ein Beitritt zum Regierungsbündnis mit Lula erwartet;
- b) der zweitwichtigste Bündnispartner des PT, die rechts von der Mitte positionierte Liberale Partei PL, wird als großes Auffangbecken für potenzielle Parteiwechsler aus PMDB und PFL angesehen, und deren Fraktionsstärke wird sich vermutlich mehr als verdoppeln.

Damit kann man erwarten, dass Lula bereits bei Amtsantritt mit einer Parlamentsmehrheit rechnen kann, die für die Verabschiedung der dringendsten Gesetzesvorhaben ausreichen wird. Für später jedoch sieht das in Brasília ansässige Institut INESC, das sich einer unabhängigen kritischen Beobachtung der parlamentarischen Aktivitäten widmet, die Schwierigkeiten anwachsen, z.B. wenn es um die Behandlung polemischer Themen gehen wird. Die Erklärung dafür läge in der pluralen Zusammensetzung von Lulas Bündnis und in der ideologischen Heterogenität selbst des linken Spektrums. Die Tatsache, dass die Wahl Lulas die Parteigrenzen des PT bei weitem sprengte, habe zu einer Ansammlung von Kräften geführt, die mit dem parteipolitischen Programm des PT herzlich wenig zu tun habe und ungeduldig auf die Erfüllung der Wahlkampfversprechen drängen werde (INESC 2002: 10).

**Tab. 4: Sitzverteilung im brasilianischen Parlament 2003-2006
(in Klammern: Position in der Legislaturperiode 1999-2003)**

Partei	Abgeordneten-kammer	Senat
I. Neue Regierungsparteien (voraussichtlich)		
PT	91 (58)	14 (8)
PL	26 (22)	3 (1)
PTB	26 (33)	3 (5)
PSB	24 (16)	4 (3)
PDT	21 (16)	5 (5)
PPS	15 (12)	1 (2)
PC do B	12 (10)	-
PV	5 (0)	-
PMN	1 (0)	-
PHS	0 (1)	-
Insg.	221 (168)	30 (24)
II. Neue Oppositionsparteien		
PFL	84 (98)	19 (18)
PMDB	73 (87)	19 (23)
PSDB	72 (94)	11 (14)
PPB	49 (53)	1 (2)
Insg.	278 (332)	50 (57)
III. Position unbekannt/unentschieden		
Prona	6 (0)	-
PSD	3 (0)	1 (0)
PST	3 (6)	-
PSC	1 (0)	-
PSDC	1 (0)	-
PSL	1 (5)	-
PTN	0 (1)	-
Insg.	15 (11)	1 (0)
Total	513*	81

* Die abweichende Summe ergibt sich aus einer fehlerhaften Zahlenangabe in der Quelle, deren Ergebnisse zum Redaktionsschluss offiziell noch nicht konsolidiert waren.

Quelle: Tribunal Superior Eleitoral in:

www1.uol.com.br/folha/especial/2002/eleicoes/congresso_nacional-camara_dos_deputados.html, sowie
www1.uol.com.br/folha/especial/2002/eleicoes/congresso_nacional-senado.html.

V. Beginnt mit Lula die Überwindung der sozialen Kluft?

Bereits in der ersten Stellungnahme nach der Wahl erklärte Lula die Bekämpfung von Hunger zur obersten Priorität seiner Regierung; damit traf er ein Problem, das zum Ausgangspunkt eines neuen sozialen Konsenses in Brasilien werden kann. Hier nur drei Signale, die in diese Richtung weisen:

- Noch vor Anbahnung parteipolitischer Gespräche zur Regierungsbildung versammelte Lula am 7. November 2002 in São Paulo über 150 Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft, darunter großkalibrige Unternehmer, Banker und Gewerkschaftsführer, um über Modalitäten der Aufstellung eines permanenten „Rates für soziale und ökonomische Entwicklung“ nach dem Muster europäischer Länder wie Spanien, den Niederlanden u.a. zu beraten. Schwerpunkt soll die Bekämpfung von Hunger und Armut sein. Dabei wird an die Schaffung eines Hungerbekämpfungsfonds in Höhe von 1 Mrd. Real durch die Privatwirtschaft gedacht.
- Das von Prof. José Graziano im Oktober 2001 lancierte Hungerbekämpfungsprogramm des PT fand bei multilateralen Organisationen wie FAO und Interamerikanische Entwicklungsbank BID inzwischen eine derart positive Akzeptanz, dass der Präsident des BID anlässlich eines internationalen Seminars zu diesem Thema in Brasília bereits eine grundsätzliche Zusage zu einem Kredit von US\$ 9 Mrd. für die nächsten vier Jahren gab. Dabei betonte er vor allem den integralen Charakter dieses sogenannte „Null-Hunger-Programms“, das ca. 9 Millionen arme Familien als Zielpublikum hat und relevante Bereiche der

öffentlichen Wirtschafts-, Sozial-, Agrar- und Beschäftigungspolitik im Hinblick auf dieses Ziel verändern will.

- Nach einer Umfrage des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und politische Forschung IDESP aus São Paulo über die Meinung der herrschenden Eliten zu den Grundproblemen Brasiliens besteht bei den von August bis Oktober 2002 befragten 500 Vertretern aus 9 unterschiedlichen Segmenten der Oberschicht Konsens darüber, dass das soziale Bewusstsein über die Notwendigkeit der Armutsbekämpfung unter Beteiligung von jedem Staatsbürger seit den 80er Jahren gewachsen sei (IDESP 2002: 1, 17).

Im Unterschied zur Regierung Cardoso, die in einer verbesserten *Fokussierung* auf die Zielgruppe den Schlüssel zu einer effektiveren Armutsbekämpfungspolitik sah, geht Lulas „Null-Hunger-Programm“ von der notwendigen Integration kurz-, mittel- und langfristiger Politiken zur Sofort- und zur Selbsthilfe bis hin zu notwendigen Struktur- und Politikänderungen aus. Den Dreh- und Angelpunkt zur Realisierung seiner Politik sieht Lula im „Dialog“ mit allen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Kräften. Darin will er alle bisherigen Präsidenten in den Schatten stellen. Damit könnte in der Tat der Beginn einer gesellschaftlichen Mobilisierung verbunden sein, an deren Ende in Brasilien der Hunger besiegt und die soziale Kluft geringer werden sein könnte.

Tab. 5: Parteien mit gerichtlich hinterlegten Satzungen
(Gesetz Nr. 5682/71, geändert durch Gesetz Nr. 9.096/95)

Kürzel	Name	Zulassung	Vorsitzender	Wahlzettelnr.
PAN	Partido dos Aposentados da Nação	19.02.98	Dreyfus Bueno Rabello	26
PC do B *	Partido Comunista do Brasil	23.06.88	José Renato Rabelo	65
PCB	Partido Comunista Brasileiro	09.05.96	Zuleide Faria De Melo	21
PCO	Partido da Causa Operária	30.09.97	Rui Costa Pimenta	29
PDT **	Partido Democrático Trabalhista	10.11.81	Leonel Brizola	12
PFL **	Partido da Frente Liberal	11.09.86	Jorge Bornhausen	25
PGT	Partido Geral dos Trabalhadores	02.09.99	Francisco Canindé Pegado Do Nascimento	30
PHS *	Partido Humanista da Solidariedade - (ehem. PSN)	20.03.97	Paulo Roberto Matos	31
PL *	Partido Liberal	25.02.88	Valdemar Costa Neto	22
PMDB **	Partido do Movimento Democrático Brasileiro	30.06.81	Michel Temer	15
PMN	Partido da Mobilização Nacional	25.10.90	Oscar Noronha Filho	33
PPB **	Partido Progressista Brasileiro (PPR+PP)	16.11.95	Paulo Maluf	11
PPS **	Partido Popular Socialista (ehm. PCB)	19.03.92	Roberto Freire	23
PRONA	Partido de Reedificação da Ordem Nacional	30.10.90	Eneas Ferreira Carneiro	56
PRP	Partido Republicano Progressista	29.10.91	Dirceu Gonçalves Resende	44
PRTB	Partido Renovador Trabalhista Brasileiro	18.02.97	José Levy Fidelix Da Cruz	28
PSB **	Partido Socialista Brasileiro	01.07.88	Miguel Arraes	40
PSC *	Partido Social Cristão	29.03.90	Víctor Jorge Abdala Nólseis	20
PSD	Partido Social Democrático	16.03.90	Nabi Abi Chedid	41
PSDB **	Partido da Social Democracia Brasileira	24.08.89	José Anibal Peres Pontes	45
PSDC	Partido Social Democrata Cristão - (ehem. PDC)	05.08.97	José Maria Eymael	27
PSL *	Partido Social Liberal	02.06.98	Luciano Caldas Bivar	17
PST *	Partido Social Trabalhista	28.08.96	Marcilio Duarte Lima	18
PSTU	Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado-Ant. Prt	19.12.95	José Maria De Almeida	16
PT **	Partido dos Trabalhadores	11.02.82	José Dirceu De Oliveira E Silva	13
PT do B	Partido Trabalhista do Brasil	11.10.94	Celson C. Batista De Oliveira	70
PTB **	Partido Trabalhista Brasileiro	03.11.81	José C. De Castro Martinez	14
PTC	Partido Trabalhista Cristão (ehem. PRN)	24.04.01	Daniel S. Tourinho	36
PTN *	Partido Trabalhista Nacional	02.10.97	José De Abreu	19
PV *	Partido Verde	30.09.93	José Luiz De França Penna	43

Parteien ohne * oder ** sind im Parlament nicht vertreten.

* Parlamentarische Fraktion nur in der Abgeordnetenkommer

** Parlamentarische Fraktion in Senat und Abgeordnetenkommer´

Quelle: Tribunal Superior Eleitoral TSE (Oberster Wahlgerichtshof), in: www.tse.gov.br (Zugriff am 15.11.2002).

Literatur:

Calcagnotto, Gilberto (1997): Wirtschaftsreformen, Globalisierung und Gewerkschaften in Brasilien. In: Dombois, Rainer et al.: Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde Bd. 46, Frankfurt/M., S. 177-200.

Instituto de Estudos Econômicos, Sociais e Políticos de São Paulo (IDESP) (2002): Survey Report: Brazilian Elites and National Development: Factors Making for Consensus and Dissensus. São Paulo.

Instituto de Estudos Socioeconômicos (INESC) (2002): Parlamento. Avaliação do Resultado das Eleições Parlamentares 2003/2006. 3. Aufl. Oktober.

Sant'Anna, Lourival (2002): „Brasileiros vão às urnas em busca de mudança“. In: O Estado de São Paulo, 6.10.2002. www.estado.estadao.com.br/editorias/2002/10/06/pol045.html.

Stecher, Karl-Heinz (2002): Brasilien: Lula ante portas – Wall Street wählt mit. In: epd-Entwicklungspolitik Nr. 19/20, S. 50-54.

Tosta, Wilson: „Apenas detalhes diferenciam propostas e soluções“. In: O Estado de São Paulo, 8.10.2002; www.estado.estadao.com.br/editorias/2002/10/08/pol056.html.

www.eleicoes.folha.uol.com.br/2002/apuracao/2/br1idx.jhtm.

www.eleicoes.folha.uol.com.br/2002/apuracao/2/br3idx.jhtm.

www1.uol.com.br/folha/especial/2002/eleicoes

www1.uol.com.br/folha/especial/2002/eleicoes/congresso_nacional-camara_dos_deputados.shtml.

www1.uol.com.br/folha/especial/2002/eleicoes/congresso_nacional-senado.shtml.

Autorennotiz: Gilberto Calcagnotto, M.A., Lic. Phil., Soziologe, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde, wo er als Brasilien-Referent tätig ist.
E-Mail: calcagnotto@public.uni-hamburg.de.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10).

BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>